Zur Transformation des Sozialen : Luzerner Erklärung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social**

Band (Jahr): **- (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-832499

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA)

Zur Transformation des Sozialen – Luzerner Erklärung

«Das Schweizervolk und die Kantone, (...) im Willen in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, gewiss, dass (...) die Stärke des Volkes, sich misst am Wohl der Schwachen, geben sich folgende Verfassung ...»

In der Präambel der Schweizer Verfassung wird die Wohlfahrt des gesamten Volkes, ein universaler Gedanke aller Demokratien, als konstitutive Grundlage des Staates ins Zentrum gesetzt. Ausdrücklich werden für die Schaffung dieser Wohlfahrt die Prinzipien gegenseitige Rücksichtnahme, Achtung der Vielfalt und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen genannt. Das Wohl des Schwachen gilt als Massstab oder eben Spiegelbild für die Wohlfahrt des ganzen Volkes. Gesellschaftliche Solidarität ist damit Basis und Herausforderung für jede demokratische Gemeinschaft. Soziale Arbeit ist im Zusammenspiel mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diejenige Profession, die auf der Grundlage sozialstaatlicher Regelungen, für die Bearbeitung von sozialen Problemlagen zuständig ist. Damit leistet sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt und orientiert sich in der Ausrichtung ihrer Arbeit an den Menschenrechten und dem Wert sozialer Gerechtigkeit (vgl. Berufscodex Artikel 12).

Aktuell wird ihr gesellschaftlicher Auftrag jedoch durch dominierende Argumentationsfiguren in Frage gestellt. Die Art und Weise, wie über «Missbrauch» sozialer Dienstleistungen, über nicht kooperierende Sozialhilfeempfänger/innen, über Jugendgewalt, schwierige Kinder und Jugendliche oder über nicht integrationswillige Ausländer/innen, die in Parallelgesellschaften leben, geredet wird, stellen die in der Präambel der Schweizer Verfassung verankerten Grundwerte gesellschaftlicher Wohlfahrt in Frage. Denn die Lösungen, die als Teil dieser Argumentationsfiguren angeboten werden, wie Abschieben, Verwahren, Ausgrenzen, Disziplinieren, Verschärfung des Rechts, Kürzung der Leistungen, haben nicht mehr das Wohl der Schwachen im Auge. In diesem Diskurs geht es offensichtlich nicht um die Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern um die semantische Aus-

höhlung sozialer Grundwerte und um die Unterminierung des bis anhin tragfähigen Konsens, dass die Bekämpfung sozialer Notlagen eine öffentliche Aufgabe der demokratischen Gesellschaft darstellt. Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob oder inwieweit die Gestaltung des Sozialen in dem hier angerissenen grundsätzlichen Sinn eine Aufgabe des demokratischen Staates ist.

Neben der Gefährdung demokratischer Grundwerte erzeugt dieser Diskurs unmittelbares Leiden. Die Zuschreibung individueller Verantwortung für gesellschaftlich erzeugte Notlagen kombiniert mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Not auf staatliche Hilfe angewiesen sind, erzeugt ein Klima der Stigmatisierung. Aus dem Recht auf Hilfe wird ein Gewähren von Hilfe für die «würdigen Armen». Die letzten Gesetzesrevisionen der IV und des Ausländer- und Asylgesetzes verschärfen den psycho-sozialen Druck auf gesellschaftlich Randständige und verschlechtern ihre materielle Lebensgrundlage. Die vermeintlichen Lösungen mittels härterer Sanktionen und Kontrollmechanismen vergrössern in Wirklichkeit die Notlage der Betroffenen und verschärfen die soziale Ungleichheit. Dies ist vor dem Hintergrund des gleichzeitig produzierten Wachstums des materiellen gesellschaftlichen Reichtums ein Skandal, der in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden muss.

Viele in der Sozialen Arbeit nehmen diese Verschärfung der sozialen Spaltung einfach als unveränderliches Faktum hin. Es ist bedenklich, dass die Soziale Arbeit durch die Umsetzung sozialpolitischer Vorgaben, wie sie mit den Stichworten «Aktivierung» oder «Fördern und Fordern» charakterisiert werden können, selbst aktiv an der Aufspaltung von würdigen und unwürdigen Hilfeempfängern teilnimmt. Dies hat Gründe. Denn der Diskurs richtet sich nicht nur gegen die sozial Notleidenden, sondern auch gegen die Soziale Arbeit selbst. Die pauschale Diffamierung sozialpädagogischer Leistungen als «Kuschelpädagogik» und der Sozialarbeitenden als «Gutmenschen» hat ebenso wie die Missbrauchsdebatte und die Ökonomisierungsstrategien in den Organisationen der Sozialen Arbeit die Profession der Sozialen Arbeit in die Defensive gedrängt. Es ist uns bisher zu wenig gelungen auf der Basis unseres in den letzten Jahrzehnten erworbenen Professionswissens und unserer Erfahrungen im Umgang mit komplexen sozialen Problemen, ein diskursives Gegengewicht gegen die Angriffe gegenüber unseren Adressat/innen und unsere professionelle Kompetenz herzustellen. Es gilt eine starke professionelle Identität und Kultur aufzubauen, die sich gegen Angriffe auf die sozialen Grundwerte

in Praxis, Öffentlichkeit und Politik zur Wehr setzt, um die Würde jedes Einzelnen zu schützen und seine prinzipielle Entwicklungsmöglichkeit zu gewährleisten.

Dieser Aufruf richtet sich daher zunächst an uns selber, an alle die in der Sozialen Arbeit in der beruflichen Praxis, in Wissenschaft und Lehre tätig sind. Setzen Sie sich, ausgehend von Ihrem professionellen Selbstverständnis, mit der Transformation des Sozialen auseinander und nehmen Sie aktiv Einfluss auf die sozialpolitische Ausgestaltung Ihres Handlungsfeldes.

Entwickeln Sie eine Position, die sich auf den Wissensfundus, die Erfahrung und die humanistische Tradition unserer Profession im Umgang mit problembelasteten sozialen Lebenslagen gründet. Suchen Sie den Austausch und die Vernetzung mit den Kolleg/innen an Ihrem Arbeitsplatz, in den Verbänden und zwischen den Verbänden. Vertreten Sie diese Position an Ihrem Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und in der Politik. Tragen Sie dazu bei, diesen unsäglichen und dem Entwicklungsstand einer zivilisierten modernen Demokratie unwürdigen öffentlichen Diskurs zu beenden, indem Sie die tatsächlichen Probleme und unsere darauf bezogenen Lösungswege und Lösungsvorschläge einbringen, begründen und verteidigen. Lassen Sie uns unsere Energie dazu verwenden, überzeugende Konzepte und Projekte für soziale Problemstellungen zu entwickeln, anstatt uns in defensiven Rückzugsgefechten selbst ins Abseits zu manövrieren. Die realen Probleme, die in nationale und internationale politische Zusammenhänge eingebettet sind, werden ja nicht kleiner. Kämpfen Sie darum, die Rahmenbedingungen unseres Handlungsfeldes mitzudefinieren, so dass sich unsere Kompetenz entfalten kann.

Dieser Aufruf richtet sich aber auch an alle demokratischen Kräfte in der Öffentlichkeit und in der Politik, insbesondere auch an die Medienschaffenden, denen an den sozialen Grundwerten dieser Gesellschaft gelegen ist. Helfen Sie mit, den öffentlichen Diskurs wieder in eine sachorientierte Bahn zu lenken. Setzen Sie sich ein, um dieser schleichenden Transformation des Sozialen wieder positive soziale Entwürfe entgegenzusetzen. Verschaffen Sie den Grundsätzen des gemeinschaftlichen Miteinanders, des Respekts vor der Vielfalt, der Verantwortung für die nachwachsende Generation und für die sozial Schwachen wieder Raum. Und vergessen Sie dabei nicht, dass Ihnen mit der Sozialen Arbeit eine weit ausdifferenzierte und entwickelte Profession als Ressource zur Verfügung steht.

Luzern, 8. März 2008

Le comité de la Société suisse de travail social (SSTS)

Transformation du social – Déclaration de Lucerne

«Le peuple et les cantons suisses, (...) déterminés à vivre ensemble leurs diversités dans le respect de l'autre et l'équité, conscients des acquis communs et de leur devoir d'assumer leurs responsabilités envers les générations futures, sachant que (...) la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres, arrêtent la Constitution que voici ...»

Dans le préambule de la Constitution fédérale, le bien-être du peuple tout entier (une préoccupation universelle de toute démocratie) est central et considéré comme un élément constitutif de l'Etat. Pour la création de ce bien-être, on cite expressément les principes de respect de l'autre, de diversité et de responsabilité envers les générations futures. Le bien-être du plus faible vaut comme mesure, comme reflet pourrait-on dire, du bien-être du peuple dans son ensemble. La solidarité sociale est ainsi une base pour toute communauté démocratique, et c'est aussi un défi permanent. Le travail social est, en lien avec d'autres acteurs de la société civile, la profession qui est responsable du traitement de situations sociales problématiques, sur la base de règles sociales établies par l'Etat. Dans ce contexte, il fournit une contribution au bien-être social et prend en considération, pour orienter son activité, les droits humains et la justice sociale (cf. Code de déontologie, article 12).

Actuellement, son mandat social est remis en question par certaines figures dominantes ou influentes. La manière dont certains parlent d'«abus» dans les prestations sociales, de bénéficiaires de l'aide sociale réticents à coopérer, de violence des jeunes, d'enfants et de jeunes difficiles ou d'étrangères et étrangers qui vivraient dans des sociétés parallèles, met en question les valeurs fondamentales relatives au bien-être social telles qu'inscrites dans le préambule de la Constitution fédérale. Car les solutions proposées dans ces argumentations, comme expulser, interner, exclure, discipliner, durcir la législation, réduire les prestations, perdent de vue le bien-être du plus faible. Dans ces discours, on ne se préoccupe pas de chercher des solutions à des problèmes sociaux, mais on vise plutôt à rendre sémantiquement creuses certaines valeurs sociales, afin de miner

un consensus solide qui a prévalu jusque-là. Celui-ci rappellait que la lutte contre des situations de détresse sociale est une tâche de la société démocratique. Ce qui est en jeu, ce n'est rien moins que la réponse à la question de savoir dans quelle mesure un certain « façonnage » du social, dans le sens évoqué plus haut, est une tâche de l'Etat démocratique.

Outre la mise en danger des valeurs démocratiques fondamentales, ce discours provoque des souffrances immédiates. On génère un climat de stigmatisation lorsque l'on attribue une responsabilité à l'individu dans des cas de détresse ayant des causes sociales tout en ajoutant une méfiance de principe envers des individus qui doivent compter sur l'aide de l'Etat en raison de leur situation du moment. Du droit à l'aide, on glisse vers l'octroi d'aide aux pauvres « respectables ». Les dernières révisions des lois sur l'AI, les étrangers et l'asile ont renforcé la pression psycho-sociale sur les personnes en marge de notre société et ont détérioré leurs conditions matérielles d'existence. Les prétendues solutions au moyen de sanctions plus dures et de mécanismes de contrôle provoquent en réalité une nouvelle détérioration des situations de détresse des personnes concernées et aggravent les inégalités sociales. Dans le contexte actuel d'une croissance économique et matérielle, cela constitue un véritable scandale qui doit être diffusé afin que l'opinion publique en soit consciente.

Nombreuses sont les personnes actives dans le travail social qui « acceptent » cet accroissement du clivage social en le voyant comme un fait contre lequel on ne peut rien. Il est inquiétant que le travail social, par la mise en œuvre de certaines décisions socio-politiques, participe activement à la distinction entre bénéficiaires d'aide respectables ou non; on peut repérer cela p. ex. dans l'utilisation de termes comme « activation » ou parfois « mentoring ». Cela a des raisons, car le discours ne vise pas seulement les personnes en détresse sociale, mais également le travail social. Le fait de parler de « pédagogie molle et complaisante » constitue une diffamation indifférenciée à l'encontre de prestations dans le domaine de l'éducation sociale. Lorsque les assistant-e-s sociales sont traité-e-s de « Gutmenschen » (modèles de bonté), et que les débats sur les abus ainsi que les stratégies de mesures d'économies prennent le dessus, c'est tout le travail social en tant que profession qui est poussé vers la défensive. Nous avons jusqu'ici trop peu réussi à nous défendre contre ces attaques et à imposer notre compétence professionnelle, en nous basant sur des décennies de connaissance de la profession et sur notre expérience des problèmes sociaux complexes. Il s'agit de construire une identité et une culture professionnelles fortes, qui soient à même d'offrir un bouclier face aux attaques contre les valeurs

sociales fondamentales, dans la pratique, dans l'opinion publique et dans le monde politique, afin de protéger la dignité de tout individu, et de garantir pour toute personne la possibilité d'évoluer positivement.

Cet appel s'adresse avant tout à nous-mêmes, à toutes celles et tous ceux qui sont actives et actifs dans le travail social, que ce soit par leur pratique professionnelle, dans le domaine scientifique ou dans celui de la formation. Il s'agit de se préoccuper, sur la base de notre responsabilité professionnelle, de la transformation du social, en influençant activement le développement sociopolitique de notre champ d'action.

Développer une position basée sur la science, l'expérience et la tradition humaniste de notre profession en rapport avec des situations problématiques de la vie en société. Rechercher les échanges et la mise en réseau de collègues dans leur monde professionnel, au sein des associations et entre les associations. Représenter cette position à notre place de travail, face à l'opinion publique et dans la sphère politique. Contribuer à faire taire ces discours publics indicibles et indignes d'une démocratie civilisée et moderne, en présentant, en justifiant et en défendant nos propositions de solutions face aux problèmes effectifs. Utiliser notre énergie pour développer des concepts convaincants et des projets sociaux pertinents, au lieu de subir des manœuvres de mise à l'écart et de se retrouver sur la défensive. Pendant ce temps, les problèmes réels, inscrits dans les contextes nationaux et internationaux, ne diminuent pas. Il s'agit donc de participer à la définition des conditions-cadres de notre champ d'action, afin que notre savoir-faire puisse s'épanouir.

Cet appel s'adresse également à toutes les forces démocratiques du domaine public et du monde politique, en particulier également aux professionnel-le-s des médias, qui ont à cœur de respecter les valeurs sociales fondamentales. Contribuer à faire en sorte que ce discours soit davantage en lien avec la réalité factuelle. S'engager pour que, face à ces dérives dans le social, il y ait des projets sociaux positifs. Réaffirmer les principes de la vie en communauté, du respect de la diversité, de la responsabilité envers les générations futures et les personnes socialement affaiblies. Et, dans ce contexte, ne pas oublier que le travail social en tant que profession constitue une ressource riche et aboutie.

Lucerne, le 8 mars 2008 (texte traduit de l'allemand)